Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 17. August 2011
Ausgabe 155
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
› Auszeichnung für die betriebliche Gleichstellungspolitik der Stadt 3
› Wasserqualität der Münchner Seen ist weiterhin gut bis sehr gut 4
› Infostand der AIDS-Beratung beim Hans-Sachs-Straßenfest 5
Antworten auf Stadtratsanfragen **6**
› Nachgefragt: Chancen für Defibrillatoren (AED) auch an S-Bahn-Stationen erhöhen 6

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **9**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Montag, 22. August, 11.30 Uhr, Isartalstraße 6
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Irma Mosetti im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Montag, 22. August, 15 Uhr, Hohenzollernstraße 110
Bürgermeister Hep Monatzeder gratuliert der Münchner Bürgerin Raymonde Linsmayer im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Samstag, 20. August, 17 Uhr, Olympiastadion
Stadträtin Christiane Hacker (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zum Finale des Boulder Weltcups 2011 der International Federation of Sport Climbing (IFSC). Die Finalwettkämpfe im Olympiastadion wurden von der Landeshauptstadt München zusammen mit dem Deutschen Alpenverein ausgerichtet.

Montag, 22. August, 11 Uhr, Pumptrack-/Dirtline-Anlage in der Grünanlage an der Herterichstraße
Michael Brunner, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Gartenbau des Baureferates, stellt die neue Pumptrack-/Dirtline-Anlage in der Grünanlage an der Herterichstraße vor. Auf der neuen Anlage zeigen Bikerinnen und Biker zusammen mit dem Mountainbike-Profi Joscha Forstreuter, der maßgeblich am Planungskonzept mitgewirkt hat, ihr Können.
In der Grünanlage an der Herterichstraße entstand in den letzten Wochen die neueste Pumptrack-/Dirtline-Anlage Münchens. Auf rund 1.200 Quadratmetern bietet der abwechslungsreiche Parcours Fahrspaß für Anfänger und Könner aller Altersklassen gleichermaßen. Dirtbiken ist eine Trendsportart, bei der die jungen Bikerinnen und Biker nicht nur Fahrspaß haben, sondern vor allem den sicheren Umgang mit dem Rad erlernen. Das Befahren der Anlagen erfordert Kraft, Ausdauer und insbesondere Geschicklichkeit.
Vom Parkplatz der Bezirkssportanlage Solln (Höhe Herterichstraße 137, gegenüber der Kleinschönstadtkapelle) führt ein Fußweg östlich der Bezirkssportanlage zum Rodelhügel, hinter dem sich von der Straße aus gesehen der neue Dirt-Park befindet. Treffpunkt dort ist der gelbe Infopavillon des Baureferates.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Meldungen

Auszeichnung für die betriebliche Gleichstellungspolitik der Stadt
(17.8.2011) Die Landeshauptstadt München hat 2011 zum fünften Mal in Folge das Prädikat „Total E-Quality" erhalten. Das Prädikat ist eine Auszeichnung für Organisationen, die sich nachweislich und langfristig in ihrer Personalpolitik für Chancengleichheit von Frauen und Männern einsetzen. Es wird für drei Jahre verliehen, eine erneute Auszeichnung erfolgt nur, wenn weitere Fortschritte auf dem Weg zur Chancengleichheit nachweisbar sind. Die offizielle Prädikatsvergabe wird am 4. Oktober in Berlin in einem feierlichen Rahmen stattfinden.
In der schriftlichen Jury-Entscheidung heißt es:
„Die Stadt München geht über die Anforderungen des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes hinaus und zeigt mit den systematischen Ansätzen eine überzeugende Haltung zur Chancengleichheit. Fünfmal ausgezeichnet zu werden, ist der nachhaltige Beweis des starken Engagements für Chancengleichheit. Als Best Practice Unternehmen trägt die Landeshauptstadt München zur positiven Entwicklung von Chancengleichheit in unserer Gesellschaft bei."
„Chancengleichheit ist dann erreicht, wenn Kompetenzen und Begabungen beider Geschlechter gleichermaßen anerkannt, eingesetzt und entwikkelt werden", beschreibt Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle das Ziel der fortwährenden Bemühungen der Stadt München in der betrieblichen Gleichstellungspolitik. Darüber hinaus sei Gleichstellungspolitik für die Landeshauptstadt als Arbeitgeberin gerade in Zeiten harten Wettbewerbs ein wichtiger Aspekt, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein.
Ausschlaggebend für die Entscheidung des Vereins „Total E-Quality" waren die Aktivitäten zum Beispiel in den Bereichen Förderung von Frauen in Führungspositionen, Führung in Teilzeit, Förderung und Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Besonders betont wurde der geplante Intranet-Zugang für Beurlaubte und Telearbeitskräfte.
Hintergrundinformationen (Zahlen Stand Dezember 2010): Die Landeshauptstadt München hat über 30.000 Beschäftigte, darunter rund 18.500 Frauen (60 Prozent) und 1.260 weibliche Führungskräfte (47 Prozent). 468 Dienstkräfte führen in Teilzeit: 367 Frauen (zirka 80 Prozent), 101 Männer (20 Prozent). In Elternzeit befinden sich 923 Frauen (96 Prozent) und 39 Männer (vier Prozent).
Weitere Infos: *www.muenchen.de/Rathaus/por/chancengleichheit/38757/praedikat.html*

Wasserqualität der Münchner Seen ist weiterhin gut bis sehr gut
(17.8.2011) Die Wasserqualität der Münchner Badeseen ist seit der ersten Probe dieses Jahres im Mai weiterhin gut bis sehr gut. Das haben auch die jüngsten mikrobiologischen Untersuchungsergebnisse im August bestätigt. Das Baden in den offiziellen Münchner Badeseen (Fasanerie-See, Feldmochinger See, Langwieder See, Lerchenauer See, Luss-See, Regatta-Anlage, Regattapark-See) ist aus hygienischer Sicht möglich; auch die Wasserqualität des Riemer Sees ist einwandfrei. Einzig beim Fasanerie See wurde eine mäßige Leitwertüberschreitung am Südufer registriert. Die Wassertemperaturen lagen bei Entnahme der Proben am 8. und 9. August zwischen 19,1 und 20,8 Grad Celsius.
An den Münchner Badeseen wird die Wasserqualität in der Badesaison (Mitte Mai bis Mitte September) monatlich vom Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) überprüft. Badegäste sollen so rechtzeitig vor Infektionsrisiken gewarnt werden. Die Wasserproben werden vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) mikrobiologisch untersucht. Darüber hinaus wird das Umfeld der Seen in 14-tägigem Abstand und gegebenenfalls anlassbezogen durch das RGU kontrolliert. Der Riemer See zählt zwar nicht zu den offiziellen Münchner Badeseen, gleichwohl wird er ebenso regelmäßig wie diese in einem zeitversetzten Turnus überprüft. Um den Titel „offizieller EU-Badesee" zu tragen, muss das Gewässer über das LGL bei der Europäischen Kommission gemeldet werden. Der Riemer See ist 2005 zur Bundesgartenschau geschaffen worden und damit der neueste unter den Münchner Baggerseen. Vorgesehen ist, auch den Riemer See nachzumelden, sobald ausreichend lange Erfahrungswerte vorhanden sind. Dies wird in dieser Badesaison jedoch nicht mehr der Fall sein. Das Baden im Riemer See ist aber genauso erlaubt wie in den offiziellen Badeseen und ebenfalls hygienisch unbedenklich.
Für alle Münchner Seen stehen im Internet unter *www.muenchen.de/badeseen* jeweils ausführliche Berichte mit einem Überblick der Badewasserqualität in den letzten Jahren zur Verfügung. Um die einwandfreie Wasserqualität an den Münchner Badeseen weiterhin zu gewährleisten, bittet das RGU alle Bürgerinnen und Bürger, keine Essensreste auf den Liegewiesen zu hinterlassen und das bestehende Verbot, Wasservögel zu füttern und Hunde auf den Liegewiesen frei laufen zu lassen, zu beachten. Die aktuellen Testergebnisse der Münchner Badeseen können auch über eine Hotline telefonisch unter 2 33-4 78 57 erfragt werden.

Infostand der AIDS-Beratung beim Hans-Sachs-Straßenfest

(17.8.2011) Die Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Krankheiten einschließlich AIDS ist am Samstag, 20. August, von 14 bis 19 Uhr beim Hans-Sachs-Straßenfest mit einem Infostand vertreten. An dem Infostand können sich Münchnerinnen und Münchner über AIDS und andere sexuell übertragbare Krankheiten informieren und ihr Wissen bei einem Quiz und Gewinnspielen überprüfen. „Learning by doing" heißt es beim Absolvieren des Kondomführerscheins, der erfahrungsgemäß vom jüngeren Publikum begeistert aufgenommen wird.

Die Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Infektionen einschließlich AIDS befindet sich im Referat für Gesundheit und Umwelt (Bayerstraße 28 a, Telefon: 2 33-2 33 33, aids-sti-beratung.rgu@muenchen.de). Die Beratungsstelle bietet neben einer individuellen Beratung auch anonyme, kostenlose Tests sowie Untersuchungen auf HIV (Humanes Immundefizienz-Virus) und andere sexuell übertragbare Krankheiten an. Auch werden in der Ambulanz-Sprechstunde fachärztliche Untersuchungen und gegebenenfalls Behandlungen im Fall von sexuell übertragbaren Infektionen jeden Mittwoch von 13 bis 15 Uhr anonym und kostenlos unter anderem durch Gynäkologinnen sowie Dermatologen und Dermatologinnen organisiert. Das Angebot richtet sich an alle Münchner Bürgerinnen und Bürger, vor allem jedoch an Menschen, die einen erschwerten Zugang zu medizinischer Versorgung haben und deren Lebensumstände eine erhöhte Ansteckungsgefahr mit sexuell übertragbaren Krankheiten für sich und andere mit sich bringen. Termine für dieses Angebot sind nach Absprache auch während der Sprechzeiten der Testberatung und nach Vereinbarung möglich.

Persönliche Beratungs- und Testmöglichkeit (Testberatung):

Montag, Mittwoch	8 bis 11 Uhr
Dienstag	14 bis 18 Uhr
Donnerstag	8 bis 11 Uhr und 14 bis 15 Uhr

Ambulanz zu sexuell übertragbaren Infektionen:

Mittwoch	13 bis 15 Uhr

und gegebenenfalls während der Testberatung sowie nach Vereinbarung.

Eine telefonische Beratungsmöglichkeit ist ebenfalls eingerichtet: montags, mittwochs und donnerstags von 8 bis 12 Uhr und 14 bis 15 Uhr, dienstags 14 bis 18 Uhr sowie freitags 9.30 bis 12 Uhr.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 17. August 2011

Nachgefragt: Chancen für Defibrillatoren (AED) auch an S-Bahn-Stationen erhöhen
Anfrage Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU) vom 31.3.2011

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 31.03.2011 hinterfragen Sie die Möglichkeit der Installation von Defibrillatoren im Bereich der S-Bahn München sowie in den Zügen der Bayerischen Oberlandbahn (BOB).

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachricht vom 19.04.2011 gewährte Terminverlängerung.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die überwiegend in die Zuständigkeitsbereiche der Deutschen Bahn (DB Station & Service AG), der BOB sowie der Stadtwerke München GmbH/MVG (MVG) fallen. Nach den mir vorliegenden Stellungnahmen können Ihre Fragen wie folgt beantwortet werden:

Vorbemerkung der DB Station & Service AG:
„Der dieser Anfrage zugrunde liegende Sachverhalt ist nicht richtig dargestellt. Speziell für den Pasinger Bahnhof haben wir mit E-Mail vom 18.08.2010 an den Bezirksausschuss Pasing - Obermenzing die Installation eines Defibrillators in der Schalterhalle als unbedenklich erklärt, weil diese Halle in relativ großer räumlicher Distanz zu den Gleisen und der darüber befindlichen Fahrleitung liegt.

Der Bahnhof Pasing stellt somit einen Sonderfall dar. Der Münchner Ostbahnhof ist damit noch vergleichbar, weil auch hier die Halle (Reisezentrum, Service-Point) in einem gewissen Abstand zu den Gleisen liegt.

Bei den meisten anderen Stationen bleiben die Bedenken aber leider bestehen. Kein Hersteller hat bisher eine Zulassung bzw. Unbedenklichkeitsbescheinigung seiner Defibrillatoren im Einflussbereich des Bahnstroms. Der Regionalbereich der DB Station & Service AG hat bereits mehrfach angeregt, über die Universität München – beispielsweise im Rahmen einer

Dissertation – entsprechende Tests durchführen zu lassen. Diese Bemühungen waren bislang leider nicht erfolgreich."

Frage 1:
Gibt es von Seiten der DB AG Erkenntnisse über die von ihr 2004 im Bahnhof Horb genehmigten Versuche eines deutschen Herstellers über die Einsatztauglichkeit von AEDs unter Bahnstromumfeld-Bedingungen?

Antwort der DB Station & Service AG:
„Erkenntnisse über Versuche am Bahnhof Horb wurden DB-intern nicht kommuniziert. Wir gehen aber davon aus, dass der Hersteller die Ergebnisse sehr wohl kommuniziert hätte, wenn sie positiv ausgefallen wären."

Frage 2:
Welche Erfahrungen hat die BOB mit den in ihrer Triebwagenflotte eingesetzten AEDs? Werden diese im Notfall auch auf elektrifizierten Strecken der BOB zum Einsatz kommen?

Antwort der BOB:
„Wir hatten erfreulicherweise bisher keinen Notfall, der einen Einsatz erforderlich gemacht hätte. Insofern haben wir keine entsprechenden Erfahrungswerte. Uns liegen weder seitens der AED-Hersteller noch des Eisenbahninfrastrukturunternehmens oder der Rettungsdienst stellenden Organisationen diesbezügliche Einschränkungen bei der Benutzung der AEDs vor. Somit gehen wir davon aus, dass die Geräte im Notfall zum Einsatz kommen dürften."

Frage 3:
Liegen denn für den Einsatz unter Gleichstrombedingungen der Münchner U-Bahn, bei denen zumindest bei Stromfluss durch die U-Bahnschienen ein magnetisches Gleichfeld entsteht, Unbedenklichkeitsbescheinigungen der AED-Hersteller vor?

Antwort der SWM/MVG:
Im Rahmen des Projekts „Frühdefibrillatoren durch Laien in der Münchner U-Bahn" stellen SWM/MVG an jedem Defibrillator-Standort ein verschließbares Fach zur Verfügung, in welches der Defibrillator eingelegt und im Notfall durch die Leitstelle freigegeben wird. Im angefragten Zusammenhang sind SWM/MVG bisher keine technischen Schwierigkeiten bekannt geworden. SWM/MVG sind nicht Eigentümer des Defibrillators. Für die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften sind im Rahmen des Projekts die

LHM (KVR, Branddirektion) und der Leiter der Fachaufsicht (Herr Dr. Assal) zuständig.

Frage 4:
Welche Überlegungen haben die Gemeinde Unterföhring veranlasst, trotz vermutlich nicht gegebener Unbedenklichkeitsbescheinigungen des AED-Herstellers einen AED von der Gemeinde aus im S-Bahnhofsgebäude zu installieren? Welche Rolle spielten hier die 16,7 Hertz-Bahnstrommagnetfelder?

Antwort:
Die DB Station & Service AG hat hierzu keine Erkenntnisse mitgeteilt. Die Überlegungen der Gemeinde Unterföhring konnten vom RAW trotz erfolgter Nachfrage bei der Gemeinde nicht in Erfahrung gebracht werden.

Frage 5:
Könnte im Analogieschluss nach dem Vorbild Unterföhrings die Stadt München dafür sorgen, dass im jeweiligen Zwischengeschoss Münchner Innenstadt-S-Bahnhöfe oder im Querbahnsteig des Bahnhofs Pasing AEDs installiert werden – wenn sich eine entsprechende Finanzierung darstellen lässt?

Antwort:
Unabhängig der Frage einer Finanzierung von AEDs in Münchner S-Bahnhöfen verbleibt die Kernproblematik, dass die DB Station & Service AG nach eigener Aussage für die Installation von AEDs unter den Bahnhöfen auf der Stammstrecke nur Pasing und den Ostbahnhof für unbedenklich hält.

Frage 6:
Hat die DB AG oder einer der wenigen deutschen AED-Hersteller aktuell Untersuchungen an technischen Hochschulen beauftragt, um eine Unbedenklichkeit für übliche Bahnstromumgebungen zu erhalten?

Antwort der DB Station & Service AG:
„Die DB AG hat aktuell keine Untersuchungen beauftragt, lediglich mehrfach angeregt. Über die Aktivitäten der Hersteller liegen uns keine Erkenntnisse vor."

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit beantwortet werden konnten.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 17. August 2011

Prüfung städtischer Zuwendungen
Antrag Stadtrat Hans Podiuk (CSU)

Vorlage eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes
Antrag Stadtrat Marian Offman (CSU)

Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen an Ökobauern
Antrag Stadträtin Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Containerunterkünfte sind preiswert und zumutbar – auch für Flüchtlinge und Asylbewerber
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Hans Podiuk

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
17.08.11

Prüfung städtischer Zuwendungen

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, das Revisionsamt anzuweisen, ab dem Prüfungsjahr 2012 mindestens 1 Zuwendung/Zuschuss pro Referat und Jahr zu prüfen.

Begründung:
Die Verwendungsnachweise städtischer Zuschussnehmer werden durch die jeweiligen Betreuungsreferate geprüft. Dennoch hat sich aktuell gezeigt, dass eine Prüfung durch das Revisionsamt sinnvoll und notwendig ist, da es trotz referatsinterner Prüfung zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist. Ein Beispiel, das hier genannt werden kann, da es bereits Gegenstand von Presseberichten war, ist das bei der Gewofag angesiedelte Wohnforum.

Bisher werden die Zuwendungen nicht regelmäßig vom Revisionsamt kontrolliert. Da es sich bei den städtischen Zuwendungen in der Gesamtumme um durchaus beachtenswerte Beträge handelt, sollten diese auch im Focus der Prüfer stehen. Eine Prüfung von 1 Zuwendung pro Jahr und zuschussgebendem Referat scheint angemessen.

Hans Podiuk, Stadtrat

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de wzim.de

Marian Offman

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
17.08.11

Vorlage eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes

Unter Federführung des Sozialreferates wird dem Stadtrat bis spätestens Ende 2012 ein Seniorenpolitisches Gesamtkonzept (Arbeitstitel) vorgelegt, das den überschaubaren Zeitraum 2013 bis 2018 zum Gegenstand hat: was wird geplant, welche Maßnahmen sind durchzuführen. Der Seniorenbeirat ist einzubeziehen.

Das Konzept ist 2018 zu evaluieren.

Die Altersgruppe der heute über 65jährigen Münchnerinnen und Münchner ist durch eine repräsentative Umfrage angemessen zu beteiligen, damit ihre Wünsche und Vorstellungen im Rahmen einer aktivierenden Seniorenpolitik in das Gesamtkonzept einfließen können.

Im Kontext der Konzepterstellung ist die gängige Begrifflichkeit "Senioren" zu thematisieren.

Begründung:
Durch die demografische Entwicklung entstehen enorme Veränderungen, die wichtige kommunale Handlungsfelder in sozial- und finanzpolitischer Hinsicht berühren sowie eine Neubewertung und Anpassung der "klassischen" Altenhilfe erfordern.

Die Reaktion auf die künftige Bevölkerungsentwicklung stellt sich als Querschnittsaufgabe für die Kommunalpolitik dar, mit unterschiedlichen Akzentsetzungen der Inhomogenität der Altersgruppen - statt bislang drei nunmehr bis zu sechs Generationen gleichzeitig - gerecht zu werden.

Auch wenn nach aktuellen Bevölkerungsprognosen München und das Umland von den demografischen Veränderungen nicht so massiv im Hinblick auf zunehmende Überalterung betroffen sein werden wie es für die Bundesrepublik prognostiziert wurde, die Fragen nach zeitgemäßer Seniorenpolitik ist zu stellen und im Rahmen des beantragten Gesamtkonzeptes zu beantworten.

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; CSU-Fraktion Tel.: 0172-8171611; email: marian@offman.de
Marian Offman; Nederlingerstr. 61; 80638 München

Unsere Stadt muss auch für unsere älteren Bürger und Bürgerinnen liebens- und lebenswert bleiben! Es darf nicht sein, dass beispielsweise ohne Abstimmung mit ihnen die Haltezeiten von U- und S - Bahn verkürzt werden. Viele ältere Menschen meiden zwischenzeitlich deshalb diese Verkehrsmittel. Ähnliches gilt für die Fußgänger – Ampelschaltungen. Zudem sollte hinsichtlich der Gestaltung von Fahrradwegen auch auf die Belange älterer Menschen Rücksicht genommen werden.

Welche Zielsetzungen hat die Verwaltung hinsichtlich von Mehrgenerationenhäusern? Wie hat die Planung für den Wohnungsbau auf die demographische Entwicklung zu reagieren? Wie können ältere Menschen in die Kultur ehrenamtlichen Handelns besser eingebunden werden?

Der gängige Begriff "Senioren" sollte bei der Gelegenheit hinterfragt werden, grenzt er nicht schon sprachlich systematisch aus? Ist er ab 65 tatsächlich automatisch angemessen, wenn zeitgleich das Renteneintrittsalter bei 67 Jahren liegt.

Das Seniorenpolitische Konzept der Bayerischen Staatsregierung bietet hier sicher hilfreiche Anknüpfungspunkte!

Marian Offman, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 17.08.2011

Antrag

Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen an Ökobauern

Das Kommunalreferat wird aufgefordert,

1. **landwirtschaftliche Flächen vorrangig an Landwirte zu verpachten, die ökologische Landwirtschaft betreiben.**
2. **Flächen, die in Naturschutzgebieten liegen oder an diese angrenzen, nur noch mit der Auflage eines ökologischen Landbaus zu verpachten**

Begründung:
Ökologischer Landbau unterscheidet sich grundlegend von konventionellen Landbau. Ökologischer Landbau ist besonders umweltfreundlich, schützt Trinkwasser, Boden und Klima und vermeidet Rückstände von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln. Ökologischer Landbau schützt seltene Pflanzen und Tiere in besonderem Maße und erhöht die Aktivität der Bodenlebewesen. Er vermindert den Energieverbrauch und schont Rohstoffreserven. Ökologischer Landbau ist ein wertvoller Beitrag zur Nachhaltigkeit, dem sich die Stadt München mit ihren Zielen zur Nachhaltigkeit verpflichtet hat.
Deshalb wird es endlich Zeit, dass die Stadt München hier vorbildhaft vorangeht und ihre Landwirtschaftlichen Flächen vorrangig an Ökolandwirte verpachtet.

Im Gebiet der Langwieder Heide, in den hochwertigen Ausgleichsflächen, ist zur Zeit noch ein Grundstück an einen Landwirt verpachtet, der Mais konventionell anbaut. Das widerspricht den Bemühungen der Stadt München, durch die Schaffung von Ausgleichsflächen in der Langwieder Heide, die Artenvielfalt zu verbessern und bedrohte Arten zu schützen oder neu anzusiedeln. Ein mühsames Unterfangen, das durch die nahe konventionelle Landwirtschaft mit ihrer Nutzung synthetischer Pflanzenschutzmittel konterkariert wird! Deshalb darf in solchen empfindlichen Gebieten Landwirtschaft nur nach ökologischen Kriterien betrieben werden!

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Sabine Krieger
Stadträtin

Die Grünen/rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel 089 233 92620, Fax 089 233 92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
17.08.2011

Containerunterkünfte sind preiswert und zumutbar –
auch für Flüchtlinge und Asylbewerber

Ich beantrage:

1. Angesichts der knappen Kapazitäten der Stadt an Notquartieren und Pensionen werden für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ab sofort wieder Container-Notunterkünfte eingerichtet.

2. Die Stadt stellt außerdem mit sofortiger Wirkung ihre Bemühungen ein, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen oder Pensionsplätze zur vorübergehenden Unterbringung anzumieten.

3. Auch die Begleitung von wohnungssuchenden Flüchtlingsfamilien durch städtisches Personal, Sozialpädagogen etc. bei der Wohnungssuche unterbleibt.

Begründung:

Aktuellen Presseberichten zufolge ist das städtische Wohnungsamt mit seinen Kapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Notquartieren und Pensionen an seine Grenzen gelangt. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 06.08.2011 konnte das Wohnungsamt zu diesem Zeitpunkt nur noch auf 30 freie Bettplätze zurückgreifen, „was dem Bedarf von ein bis zwei Wochen“ entspreche (SZ, 06.08.2011).

Das Wohnungsamt leistet insbesondere Flüchtlingsfamilien mit Kindern aktive Hilfestellung beim Umzug aus einer Notunterkunft in eine Wohnung. So sollen dem SZ-Bericht zufolge im Rahmen eines neuen Projekts „künftig Sozialpädagogen ´die großen Familien bei der Wohnungssuche an der Hand nehmen´, sie zu Maklern, Vermietern und Wohnungsbesichtigungen begleiten, aber auch Wohnungen in der ´gesamten Planungsregion und in Einzelfällen auch darüber hinaus akquirieren´.“ Das genannte Projekt, das auf eine Laufzeit bis 2013 ausgelegt ist, soll die Stadt –

b.w.

eigentlich: den Steuerzahler – jährlich knapp 115.000 Euro kosten. Andererseits ist auch die Notunterbringung z.B. in von der Stadt angemieteten Pensionen teuer: ein einziger Bettplatz schlägt mit 10.058,- Euro jährlich zu Buche (Quelle: ebd.).

Dieser Aufwand und die damit verbundenen Kosten für die bundesdeutsche Aufnahmegesellschaft sind völlig inakzeptabel. Solange es auch einheimische kinderreiche Familien schwer haben, erschwinglichen Wohnraum in München zu finden – ohne daß städtisches Personal zu Maklern, Vermietern und Besichtigungsterminen mitgeht! -, ist nicht nachzuvollziehen, warum zugewanderte Flüchtlings- und Asylantenfamilien bevorzugt bei der Wohnungssuche unterstützt werden sollen.

Aber auch die teure Unterbringung in Pensionen muß nicht sein. Der sogenannte „Asylkompromiß“ der bayerischen Staatsregierung von 2010 sieht lediglich vor, daß Familien und Alleinstehende mit Kindern aus den vom Staat zur Verfügung gestellten Gemeinschaftsunterkünften unter bestimmten Bedingungen ausziehen *können* – ein Anrecht auf besseren bzw. kinderfreundlicheren Wohnraum gibt es nicht.

Um den Unterbringungsnotstand in München schnellstmöglich zu beenden und gleichzeitig die völlig untragbaren Kosten, die durch angemietete Pensionsplätze entstehen, lieber heute als morgen in den Griff zu bekommen, wird die Wiederinbetriebnahme noch bestehender bzw. die Errichtung neuer Containerunterkünfte angeregt, wie sie bis vor wenigen Jahren gang und gäbe waren. Sie wurden früher nicht als unzumutbar empfunden und sind es heute ebensowenig. Auch Bauarbeitern und Münchner Krankenhauspersonal werden Containerunterkünfte zugemutet. Auch hier ist nicht einzusehen, warum ausländische Flüchtlingsfamilien partout besser gestellt werden sollten.

Mit Stand vom Mai 2011 waren laut dem zitierten SZ-Bericht insgesamt 1990 Personen in Pensionen und Notquartieren untergebracht. Dies ist eine überschaubare und gegenüber den Höchstständen in den neunziger Jahren geradezu verschwindende Größe. Warum dieser Personenkreis unbedingt in Pensionen oder Wohnungen untergebracht werden muß, ist nicht nachvollziehbar. Im übrigen hat der Bayerische Landtag erst im März 2009 einen Antrag auf pauschale „Schließung der Containerunterkünfte für Asylbewerberinnen, Asylbewerber und Flüchtlinge" abgelehnt (Landtags-Drs. 16/1042).

Etwaige Einwendungen des UN-Menschenrechtskommissariats oder vergleichbarer Institutionen kann die Stadt München mithin getrost ignorieren.

Sogar die Neuerrichtung von Containerunterkünften käme die Stadt preiswerter als die z.T. jahrelange Anmietung von Pensionsplätzen, vom Sonderservice individueller Begleitung zu Maklern und Besichtigungsterminen ganz zu schweigen. Hier handelt es sich um soziale Förder-Privilegien, von denen einheimische Münchner Wohnungssuchende nur träumen können. Sie sind abzustellen.

Das Nähere erarbeitet das Kommunalreferat. Städtische Flächen zur Aufstellung von Containerunterkünften sind in hinreichendem Umfang vorhanden (s. dazu Stadtrats-Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 01044).

Karl Richter, Stadtrat